



19. Wahlperiode

HESSISCHER LANDTAG

Drucksache 19/

4566
22.02.17/Ka

Plenum

PL

(WVA)

Dringlicher Antrag

der Fraktion der FDP

betreffend Opel und die weitere Entwicklung der hessischen Automobilindustrie

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag ist in Sorge, dass mit der geplanten Übernahme der Adam Opel AG durch den französischen PSA-Konzern negative Auswirkungen für das größte hessische Industrieunternehmen mit seinen 15.000 Beschäftigten am Hauptsitz in Rüsselsheim verbunden sein könnten. In Hessen sind 64 Unternehmen im Bereich der Automobilwirtschaft tätig, die rund 51.000 Menschen Arbeit geben und über 17,3 Milliarden Euro Umsatz erwirtschaften. Mit 1,5 Milliarden Euro jährlichen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung leistet die Automobilindustrie einen weit überdurchschnittlichen Beitrag für die Weiterentwicklung und Zukunftssicherung der hessischen Industrie.
2. Der Landtag stellt fest, dass verlässliche politische Rahmenbedingungen den größten Beitrag für eine positive Entwicklung der hessischen Automobilwirtschaft darstellen und politisch motivierte Regulierungen die Wettbewerbsfähigkeit und damit auch die Arbeitsplätze gefährden. Technologische Fortschritte lassen sich nicht mit Verboten erzwingen. Innovationen müssen sich marktorientiert durchsetzen.
3. Der Landtag bedauert, dass sich durch die Zustimmung der Landesregierung zu einem Verbot von Verbrennungsmotoren sowie durch die Forderung nach einem Fahrverbot von Dieselfahrzeugen in Innenstädten, das Investitionsklima für die Automobilindustrie in Hessen nachhaltig verschlechtert.
4. Der Landtag kritisiert, dass mit den ab 2020 geltenden europäischen CO₂-Grenzwerten für Neuwagen massive Mehrbelastungen auf die Automobilwirtschaft zukommen, die viele hessische Arbeitsplätze gefährden.
5. Der Landtag lehnt die Einführung von staatlich vorgeschriebenen Quoten für Elektrofahrzeuge entschieden ab.
6. Der Landtag nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, dass laut einer aktuellen Studie der IHK-Frankfurt die hessische Industrie im deutschlandweiten Vergleich deutlich zurückgefallen ist und sich die Rahmenbedingungen für die verarbeitende Wirtschaft verschlechtert haben.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, alles zu unterlassen, was die Wettbewerbsbedingungen für die hessische Industrie verschlechtert. Insbesondere muss der wirtschaftsfeindliche Klimaschutzplan der Landesregierung beerdigt werden, weil er Arbeitsplätze gefährdet und Wachstumschancen vernichtet. Hessens Unternehmen brauchen unternehmerische Freiheit, statt ökologische Planwirtschaft.

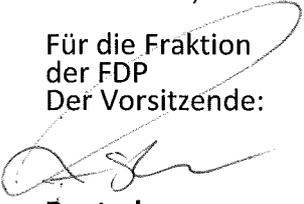
Begründung:

Erfolgt mündlich.

EA 22.02.2017

Wiesbaden, 22. Februar 2017

Für die Fraktion
der FDP
Der Vorsitzende:



Rentsch